

# Danziger Zeitung.

Nr. 18971.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben- und achtspaltigen gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Injectionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die „Danziger Zeitung“ für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

In der Zeitungs-Preisliste pro 1891 ist die „Danziger Zeitung“ aufgeführt unter Nr. 1481.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro III. Quartal 1891 3 Mk. 75 Pfg. Bestellgeld, für Danzig durch die Expedition incl. Bringerlohn 4 Mk. 10 Pfg. Abgeholt kann die Zeitung werden für 3 Mk. 50 Pfg. pro Quartal:

Kettelhagergasse Nr. 4 in der Expedition, Junkergasse Nr. 2 bei Herrn Rich. W. u. Ediger, Teichgasse Nr. 89 bei Herrn A. Aurovski, Heil. Geistgasse Nr. 47 bei Herrn Carl Studt, Fischmarkt Nr. 12 bei Herrn Carl Aroll, Fischmarkt Nr. 26 bei Herrn Wilhelm Belsch, Frauengasse Nr. 46 bei Herrn W. Goerz, 3. Damm Nr. 7 bei Herrn W. Madwisch, Hinterm Casareth Nr. 3 bei Herrn R. Dingler, Anleub Nr. 21 bei Herrn Brüh, Kohlenmarkt Nr. 11 bei Herrn A. Michel, Brodhänen- und Kirschnergassen-Ecke bei Herrn R. Martens, Raffubischen Markt Nr. 10 bei Herrn Winkelhausen, Langgarten Nr. 55 bei Herrn Friedrich Simon, Langgarten Nr. 8 bei Herrn P. Pawlowski, Paradiesgasse Nr. 14 bei Herrn Alb. Wolff, Pfefferstadt Nr. 37 bei Herrn Rud. Beier, Poggenfuhl Nr. 48 bei Herrn Richard Zielke, Poggenfuhl Nr. 73 bei Herrn Alois Rindner, Hohe Geigen Nr. 27 bei Herrn S. H. Wolff, Anleubgasse Nr. 2, Ecke Rittergasse, bei Herrn Carl Radhak, Weidengasse Nr. 32 bei Herrn v. Rothow, Schwarzes Meer (Gr. Berggasse Nr. 8) bei Herrn C. Schipanski Radhak, — A. Pamolikowski, Petershagen a. d. R. Nr. 3 bei Herrn A. Bugdahn, Holzmarkt Nr. 7 bei Herrn v. Glinski, Thorscherweg Nr. 5 bei Herrn Herrn. Schiefer, Schießelbamm Nr. 56 bei Herrn H. Strehlau.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Juni.

### Die Afrikalotterie.

Die Erörterungen über die sogenannte Afrikalotterie, über welche genaue Nachrichten bezüglich der Urheber des Planes noch nicht vorliegen, werfen ein eigenthümliches Licht auf die Stellung, welche unter der neuen Ordnung der Dinge in Ostafrika die Reichscommissare Major v. Wischmann und Dr. Peters einnehmen. Der offizielle Titel derselben ist bekanntlich Reichscommissar zur Verfügung des Gouverneurs. Wie daraus hervorgeht, haben die Commissare Vollmachten nur insoweit ihnen solche von dem Gouverneur erteilt werden. Daß ihnen zu irgend welchen colonialpolitischen Unternehmungen von dem Gouverneur finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, geht aus dem Titel nicht hervor; ebenso wenig welche Aufgaben sie in denjenigen Theilen des Innern, welche ihnen unterstellt sind und die zur Zeit nicht zu dem deutschen Schutzgebiet gehören, lösen sollen. Sollten ihnen eigentlich staatliche Aufgaben übertragen werden, so würden sie dazu auch finanzieller Mittel bedürfen. Beispielsweise sind bisher die Unternehmungen Emin Paschas, die Bekämpfung feindlicher Stämme, die Anlage von Stationen am Victoria-Nyanza u. dgl. aus den dem früheren Reichscommissar zur Verfügung gestellten Mittel bestritten worden.

Davon ausgehend wird von einigen Seiten der Plan einer Lotterie, d. h. die Beschaffung der Mittel für die Pläne Wischmanns auf dem Wege des Lotteriespiels als staatsrechtlich unzulässig bezeichnet. Sofern das Reich bei jenen Unternehmungen theilhaftig sei, müßten die erforderlichen Mittel auch von Reich wegen aufgebracht werden; das Lotteriespiel bedeute demnach eine Umgehung der Mitwirkung des Reichstages, wie solche auch bei der ursprünglichen Absicht einer von dem Gouverneur von Kamerun zu Zwecken der Stämme Janku u. Thormählen und C. Mörmann aufzunehmenden Anleihe geplant gewesen sei. Der Vergleich ist indessen nicht zutreffend. Der Plan, einen Dampfer auf den Victoria-Nyanza zu bringen, war von vornherein ein Privatunternehmen, welches den Zweck hatte, diesen See für deutsche Handelsunternehmungen in Beschlag zu nehmen. Die im Zusammenhang damit geplante Errichtung von Stationen, offenbar zur Sicherung der Handelswege nach der Küste, dient zwar nebenbei auch zur Bekämpfung des Sklavenhandels; der Hauptzweck dieser Stationen kann aber wiederum nur ein handelspolitischer sein. Das Auffällige und im Hinblick auf das Lotteriespiel Anstößige ist gleichwohl, daß der Reichscommissar v. Wischmann die finanziellen Mittel zur Durchführung dieser Unternehmungen aus einer Privatlotterie erhalten soll, wie solche bisher — mit einziger Ausnahme der Schloßfreilichtlotterie — nur zu privaten Zwecken gestattet worden sind. Für den Wischmann-Dampfer auf dem Victoria-Nyanza, für den durch den Colonialverein bisher nur 230 000 Mk. aufgebracht sind, sollen dem Reichscommissar 400 000 Mk. zur Verfügung gestellt werden; für die Errichtung von Stationen würden dann noch, je nachdem, 2 oder 1½ Mill. Mk. übrig bleiben.

Mit der Colonialpolitik, wie sie bisher betrieben worden ist, steht die Aufbringung der Mittel

durch Ausbeutung der Gewinnsucht nicht im Einklang. Der Reichskanzler v. Caprivi hat wiederholt im Reichstage im Anschluß an die Erörterungen über die Abgrenzung der deutsch-englischen Interessengebiete in Centralafrika der Erwartung Ausdruck gegeben, daß das Kapital sich jetzt, wo das deutsche Colonialgebiet gegen fremde Eingriffe gesichert ist, mehr als bisher zur Bethätigung an der handelspolitischen Erschließung des Landes bereit finden lassen werde. Diese Hoffnung scheint sich aber nicht zu erfüllen. Der Lotteriesplan beweist im Gegentheil, daß das deutsche Kapital sich noch mehr als bisher von colonialpolitischen Unternehmungen zurückzieht.

### Mehrforderungen für militärische Zwecke.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns: Bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages sollen demselben erhebliche Mehrforderungen für militärische Zwecke zugehen. Welches diese Zwecke sind, ist vorläufig noch unklar. Bezüglich der schon bei Aufstellung der letzten Militärvorlage geplanten Vermehrung der Artillerie, auf welche damals noch in den Vorstadien verzichtet wurde, war neulich anscheinend officiös versichert worden, die Wiederaufnahme des Planes, soweit dadurch eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke herbeigeführt werden würde, sei nicht beabsichtigt. In der That würde eine solche mit den bei der letzten Erhöhung abgegebenen Zusicherungen nicht im Einklang stehen. Durch das letzte Gesetz von 1890 ist die Friedenspräsenzstärke bis zum 31. März 1894 festgestellt. Wollte man daran rütteln, so würden auch die vom Reichstage beschlossenen Resolutionen, betreffend die zweijährige Dienstzeit u. dgl. wieder in den Vordergrund treten. Im übrigen erinnert man sich, daß der Reichskanzler bei der letzten Etablierung Mehrforderungen zu militärischen Zwecken nur in sehr bescheidenem Umfang (1—2 Mill.) für die Novelle zum Pensionsgesetz angekündigt hat.

### Gewerbeordnungswechsel.

Trotz der wiederholten und eingehenden Verhandlungen, welche der Reichstag gerade in der dritten Beratung über die Bestimmungen des Arbeiterschutzes gepflogen hat, die sich auf die Sonntagsarbeit beziehen, werden selbst in der Fachpresse Zweifel über die Bedeutung und den inneren Zusammenhang der Beschlüsse des Reichstages laut, für welche sich weder ein Gesetz noch sonst in den Verhandlungen des Reichstages irgend eine Anhalt findet. So reproduciren conservative Blätter eine längere Auslassung der „Deutschen volkswirtschaftlichen Correspondenz“, in welcher unter der Marke: „Gewerbeordnungswechsel“ die Bestimmungen des Arbeiterschutzes, betreffend die Sonntagsarbeit, erörtert werden. Die Correspondenz kommt zu dem Ergebnis, es gehe aus der Fassung des neuen Gesetzes als zweifellos nicht hervor, „ob die Arbeiter nur verpflichtet werden können, die nach den Bestimmungen des Gesetzes im § 105 b Abs. 2 (Handels- und Gewerbe-) und § 105 c auch an Sonn- und Festtagen vorzunehmenden Arbeiten auszuführen, oder ob die gedachte Verpflichtung auch für die in §§ 105 d—f (in bestimmten Gewerben) vorgesehenen, erst auf besondere behördliche Erlaubnis hier Platz greifenden Ausnahmefälle, gelten soll.“ Das Letztere wäre sachgemäß. Unserer Ansicht nach ist diese letztere Auffassung die allein zutreffende. Nach § 105 a fallen Arbeiten, welche nach den Bestimmungen des Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, nicht unter die allgemeine Vorschrift, wonach von Arbeiten an Sonn- und Festtagen die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten können. Die Bestimmungen des Gesetzes, welche eine Ausnahme von diesem Verbot enthalten, sind eben in den §§ 105 b—f enthalten, nur mit dem Unterschied, daß zu den in den §§ 105 b und 105 c vorgesehenen Arbeiten die Arbeiter von Gesetzes wegen, zu denen in den §§ 105 d—f vorgesehenen aber nur in den Fällen verpflichtet werden können, in denen die dort bezeichneten Behörden Ausnahmen von der allgemeinen Vorschrift gestatten. Der Zweifelsgrund, den die „D. V. Corresp.“ aus der Ausnahmebestimmung bezüglich der Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Musikaufführungen, Schaulustspiele, theatralischen Vorstellungen und sonstigen Lustbarkeiten, sowie des Verkehrsgewerbes herleitet, ist nicht stichhaltig. Auf die in diesen Gewerben Beschäftigten findet, was die „D. V. Corresp.“ übersieht, nach § 105 a Abs. 1 die allgemeine Bestimmung des § 105 a Abs. 1, wonach die Arbeiter zu Arbeiten an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden können u. s. w. und demnach auch die Ausnahmen von dieser Vorschrift gar keine Anwendung. Für die in den vorgenannten Gewerben Beschäftigten gilt nur die Vorschrift in § 105 e, Abs. 2:

„Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter in diesen Gewerben nur zu solchen Arbeiten an Sonn- und Festtagen verpflichten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten.“

Entsprechend den Erklärungen des Handelsministers im Reichstage ist in dem Gesetz (§ 105 i) sogar ausdrücklich bestimmt, daß auf diese Gewerbe auch die Bestimmung im § 105 g keine Anwendung findet, mit andern Worten, daß eine weitere als die in § 105 i Abs. 2 vorgesehene Verpflichtung zur Sonntagsarbeit auch nicht durch kaiserliche Verordnung und Zustimmung des Bundesraths eingeschränkt werden kann. Eine weitergehende Regelung der Sonntagsarbeit für die in diesen Gewerben Beschäftigten ist bekanntlich einem besonderen Gesetze vorbehalten.

### Entscheidung des Cultusministers über den Bau von Volksschulhäusern.

Der Cultusminister hat sich jüngst in einer Entscheidung ausführlich über den Bau und die Einrichtung von Volksschulhäusern geäußert. Unter anderem hat er sich auf das entschiedenste dagegen ausgesprochen, daß abweichend von den im Cultusministerium aufgestellten Entwürfen für einfache ländliche Schulgebäude vom 18. November 1887 der dem Schülerverkehr dienende Vorraum oder Flur eine geringere Breite als 2,50 Meter hat. Unter dieses letztere Maß hinabzugehen, erachtet der Minister im Interesse eines sicheren und geordneten Verkehrs der Schüler namentlich beim Verlassen des Schulzimmers nicht für zulässig. Auch über die Lage des Klassenraumes in dem Schulgebäude hat der Minister sich geäußert. Es war in einem Antrage auf Genehmigung eines Schulbaues vorgeschlagen worden, das Klassenzimmer so zu bauen, daß nur eine von den vier Umfassungswänden desselben in unmittelbare Berührung mit der freien Luft käme, damit die Wärme besser zusammengehalten werde, als dies bei der Freilage des Raumes an zwei oder drei Seiten der Fall ist. Der Minister hat dagegen geltend gemacht, daß eine solche eingebaute Lage sehr wesentlich die natürliche Lüftung des Raumes, auf welche die neuere hygienische Lehre großen Werth legt, erschwere. Der freiwillige Luftwechsel durch die Wandporen sei naturgemäß ein sehr kräftiger, wenn nicht nur eine, sondern mehrere Wände unmittelbar ans Freie grenzen, während die an Wohnräume unmittelbar angrenzenden Wände des Schulzimmers durch ihre Poren in den meisten Fällen schon mehr oder minder verunreinigte Luft durchlassen. Der Minister erachtet es deshalb nur für angemessen, in besonderen Fällen, in welchen etwa die exponirte Lage des Gebäudes die Rücksichten thunlichst leichter Erwärmung stark in den Vordergrund schiebt, diejenigen der natürlichen Lüftung aber dagegen zurücktreten läßt, die vorgeschlagene Grundrisslösung versuchsweise in Anwendung zu bringen. Dagegen hat sich der Minister für eine von den Entwürfen des Jahres 1887 abweichende Einzelheiten des erwähnten Antrages ausgesprochen. So empfiehlt er die Einrichtung eines heizbaren Zimmers im Dachgeschoß, weil dieselbe nicht nur ein für die Lehrfamilie angenehmer Raumzuwachs ist, sondern weil sie auch die Möglichkeit bietet, bei eintretenden Krankheitsfällen in der Lehrfamilie eine Ansteckung der Schüler durch Isolirung des Kranken wirksamer zu verhüten. Auch jede Erleichterung eines schnellen Entleerens der Klasse in den Unterrichtspausen hat der Minister als wünschenswerth bezeichnet.

### Die Handelsvertrags-Verhandlungen.

Das langsame Vorwärtsschreiten der Verhandlungen mit der Schweiz giebt — so wird der Wiener „Pol. Corr.“ officiös aus Berlin geschrieben — in keiner Weise Anlaß zu einer irgendwie zweifelhaften Prognose. Man ist in dem Glauben an eine befriedigende Erledigung der Frage keineswegs erschüttert. Die von Bern verbreitete Nachricht, daß die Regierungen von Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Schweiz auf Grund eines Meinungs-Austausches der gegen den Zolltarif in der Schweiz gerichteten Referendums-Bewegung keinen irgendwie entscheidenden Einfluß beizubringen, wird von gut unterrichteter Seite bestritten. Auch von Belgien ist noch keine Nachricht über den Beginn der Verhandlungen hierher gelangt, man glaubt dort wohl im Hinblick auf die Tarifverhandlungen in Frankreich, über deren schließlichen Verlauf man vorher noch etwas mehr Klarheit zu haben wünscht.

### Aus dem österreichischen Parlamente.

Eine gestern dem österreichischen Abgeordnetenhaus zugegangene Zuschrift des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe fordert das Haus zur Vornahme der Wahlen für die Delegationen auf. — Der Berichterstatter Commaruga beantragte eine Resolution, die die Erwartung der baldmöglichen Aufhebung des Restes der Ausnahmeverfügungen gegen den Anarchismus ausdrückt. Graf Taaffe erklärte, die Regierung beabsichtige die Aufhebung bereits im Januar und wollte nur die Entwicklung der Verordnung vom 1. Mai abwarten. Die Regierung erkenne die eingetretene Besserung an und habe die Ausnahmeverordnung aufgehoben, weil sie der Ansicht sei, daß Ausnahmebestimmungen nur bestehen sollten, so lange dies unumgänglich nöthig sei. Das vorgelegte Socialistengesetz sei augenblicklich unnöthig, aber es sei ein werthvolles Mittel; sollten die Zustände sich wieder verschlimmern, so werde die Regierung die sofortige Annahme des Gesetzes urgiren. Das Haus nahm hierauf den Ausschussantrag mit großer Majorität an und setzte sodann die Budgetdebatte fort.

### Der Brüsseler internationale Socialistencongreß.

Für den Brüsseler internationale Socialistencongreß, der bekanntlich am 18. August zusammentreten soll, scheint keine rechte Begeisterung zu herrschen. Wenigstens erklärt der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei einen auch im socialdemokratischen Centralorgan, dem „Vorwärts“, abgedruckten Aufruf, worin er darüber Klage führt, daß die Anmeldungen zur Tagesordnung so spärlich eingingen; als neue Anträge wären nur noch folgende hinzugekommen: Der 1. Mai möge als internationaler Feiertag neben dem achtstündigen Arbeitstage dem Frieden unter den Nationen geweiht werden, Annahme eines allgemeinen gleichen Namens für alle Gruppierungen der Arbeiterpartei, (das revolutionäre Central-Comité von Paris schlägt vor: Internationale socialistische Partei), eine regelmäßige internationale Arbeiterstatistik und eine regel-

mäßige Correspondenz zwischen den verschiedenen Ländern.

### Friedens- und Schiedsgerichts-Gesellschaft.

Die römische Friedensgesellschaft und die Gesellschaft für internationale Schiedsgerichte hielten am 4. d. M. unter dem Vorsitze Bonghis in Rom zwei Sitzungen ab. Einstimmig wurde beschlossen, folgende Thematika, die von einer eigens dazu eingesetzten Commission in Vorschlag gebracht wurden, auf dem nächsten großen Congresse öffentlich zu discutiren:

1. Pädagogische Reformen zur Verbreitung der Principien des Volksfriedens in öffentlichen Lehranstalten, vorgeschlagen von dem Lokal-Comité in Palermo und von dem lombardischen Zweigvereine. 2. Die Friedens- und Abrüstungsfrage in ihrer Einwirkung auf ökonomisch-soziale Fragen, vorgeschlagen von der lombardischen Friedensgesellschaft. 3. Ueber die Gründung eines internationalen Schiedsrichteramtes, vorgeschlagen von Frederic Bajer, dem Präsidenten der dänischen Friedensgesellschaft, von Hogdon Pratt von der Londoner Friedensvereinigung und von Charles Lemmonier, dem Vertreter verschiedener französischer Gesellschaften. 4. Organisation eines jährlich wiederzuwählenden Comités, das zwischen den verschiedenen Friedensgesellschaften Europas und Amerikas eine ständige Verbindung herstellen soll, in Vorschlag gebracht von Hogdon Pratt von der Londoner Friedensvereinigung. 5. Mittel und Wege, die Presse zu gewinnen, daß sie, soweit es an ihr liegt, die internationalen Beziehungen weniger feindselig gestalte und sie durch ihr chauvinistisches Verhalten nicht unnöthig erschwere, vorgeschlagen von Hogdon Pratt.

Das Programm der internationalen Friedensgesellschaft ist, wie man sieht, sehr umfangreich, und es wäre schon ein Erfolg, wenn sich nur der kleinste Theil desselben verwirklichen ließe.

### Der Pariser Bäckerstreik.

Scheint kein allgemeiner zu werden. In den meisten kleineren Bäckereien wurde gestern wie gewöhnlich gearbeitet, nur einige größere Bäckereien waren genöthigt, ihren Bedarf an Brod bei anderen Bäckern in Paris und Umgegend zu bestellen. Es haben keinerlei Veruche stattgefunden, die Arbeitenden zu hindern. Die Bäckereien waren polizeilich bewacht; auch wurden zur Verhütung von Unruhen die Truppen in der Stadt constringirt. Auf diese Art macht sich der Bäckerstreik dem Publikum fast gar nicht fühlbar und die Lieferungen an Backwaare geschehen in gewohnter Weise. Außerdem sorgten die Militärbäckereien, namentlich die von Versailles für Brod, von irgend einem Zwischenfall verläutet nichts.

### Die Arbeiterpensionskassen in Frankreich.

In den Motiven zu dem der französischen Deputirtenkammer gegenwärtig vorliegenden Gesetzesentwurf, betreffend die staatlichen Arbeiterpensionskassen, heißt es: Die Regierung erhebt nicht den Anspruch, mit dem Entwurf eine vollständige Lösung der Frage zu bieten. Indem sie aber mittels wirklicher Vortheile, die sie bietet, den Sinn für Sparbarkeit in Arbeiterkreisen fördere, glaube sie ansehnliche Fortschritte zu bewirken. — Im Anhang wird die Zahl der Lohnangestellten gemäß der Volkszählung von 1886 auf 9 101 469, darunter 6 630 000 Arbeiter und Tagelöhner, angegeben. Der Staatsbeitrag wird im ersten Jahre auf 3 190 000 Francs, im 31. Jahre nach Promulgirung des Gesetzes auf 87 660 000 Francs geschätzt. — Die Vorlage wird jedenfalls in dieser schon so viel vorgeschrittenen Session nicht mehr zur Verabschiedung gelangen.

### Die Christenverfolgungen in China.

haben noch immer nicht aufgehört. Wie aus Shanghai gemeldet wird, haben die Schritte, welche die chinesische Regierung gethan hat, um ihre Beamten zu energischen Maßregeln zur Unterdrückung der gegen die Ausländer gerichteten Bewegung zu veranlassen, keinen Erfolg gehabt. Es werden noch immer Ausbreitungen vom Pöbel begangen. Die chinesischen Soldaten scheinen unzuverlässig zu sein. Die Mächte, deren Staatsangehörige bedroht erscheinen, treffen Maßregeln zum Schutze derselben. Im Yangtse-kiang ist eine große Anzahl von Kriegsschiffen jener Mächte vereinigt.

### Deutschland.

\* [Zum Münchener Besuche des Kaisers.] Der Kaiser wird, wie wir den „Münch. Neuest. Nachr.“ in Ergänzung früherer Mittheilungen entnehmen, bei seinem im September stattfindenden Münchener Besuche umgeben sein von dem Reichskanzler v. Caprivi, dem Hofmarschall Grafen v. Pückler, dem Leibarzt Dr. Leuthold, dem Chef des kaiserlichen Hauptquartiers Generalleutnant v. Wittich und dem dem Hauptquartier attachirten russischen Generalmajor Grafen v. Soltenitzhoff-Rufusoff, dem Oberstallmeister Grafen v. Wedell, dem Chef des Militärkabinetts General der Infanterie v. Sahnke, dem Chef des Civilkabinetts Wirkl. Geheimrath Dr. v. Lukanus, dem Kriegsminister Generalleutnant v. Raitenborn-Stachau und dem Chef des Großen Generalstabes Generalleutnant Grafen v. Schlieffen; außerdem von dem General-Inspector der 4. Armee-Inspection, General-Feldmarschall Grafen v. Blumenthal. Sämmtliche Herren sind von Adjutanten oder Beamten begleitet. Im ganzen wird das kaiserliche Gefolge aus nahezu 50 Personen bestehen.

\* [Prinz Friedrich Leopold], Major à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß und des Regiments der Gardes du Corps, ist auf allerhöchsten Befehl zum 2. Bataillon des 1. Garde-Regiments zu Fuß commandirt worden.

\* [Fürstliche Verlobung.] Die Reise des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, des Bruders der Kaiserin, welcher sich bekanntlich in Holland dem deutschen Kaiserpaare auf dessen



ca. [Leipziger Sängcr.] Auch der Sängergesellschaft im „Livo!“ hat das bessere Wetter den lang ersehnten und, wie wir gleich hinzufügen wollen, auch schlußbesten guten Besuch gebracht. Eröffnet wurde die Vorstellung durch ein von den Herren Zimmermann, Charlton, Krause und Marbach gesungenes Quartett, welches recht flott vorgetragen wurde. Herr Krause, der über einen umfangreichen und wohlklingenden Bariton verfügt, sang das hier bekannte und beliebte Lied von C. Neumann, „Blumenkautschuk“ und erntete mit dem Vortrage desselben einen Beifall, daß er wiederholt gerufen wurde und mehrere Einlagen singen mußte. Herr Marbach ließ sich in der Erzählung seiner als Schüler und selbst erlebten Liebesabenteuer und in seiner Darstellung des alten Liebesabenteurer v. Froch als ein wandrer Charakterdarsteller und tüchtigen Komiker. Auch der humoristischen Färbung, die Herr Schulz



Stbe.	Barom.- Stand mm	Thermom. Celsius.	Wind und Wetter.
4	758.3	+22.2	N. leicht; klar.
8	758.1	+21.5	N. flau; klar.
12	757.7	+26.4	O. flau; bewölkt.

Barometrische Beobachtung: für den politischen Theil und folgende Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Schicksal und literarische Rühmten, — den lokalen und provinziellen, bairischen, bairisch-Ober- und den übrigen reaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Unterlektanten



Druck und Verlag  
von A. W. Rasemann in Danzig